



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Unser Bundestagskandidat im Wahlkreis 160 Dresden II / Bautzen II, Dipl. Ing. Holger Prade steht Ihnen Rede und Antwort	4
PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Bautzen	4
Verlust der Bäcker Ausbildung ist neuer Tiefschlag für Bautzen	4
Termine – Kreisverband Bautzen.....	6
Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag	7
Jetzt AfD-Mitglied werden!.....	7
Webseite Karsten Hilse, MdB	7
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag 8	
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 8.8.2021	8
PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.8.2021	9
Rückreise statt Einreise!.....	9
Ein Staatsfunk ist in jeder Demokratie ein Fremdkörper!	10
Willkommenskultur für Kinder!.....	11
Kretschmer will das Gleichheitsprinzip aushebeln!	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.8.2021	12
Militanter Linksextremismus muss mit Gefängnis bestraft werden!.....	12
AfD-Anfrage belegt: Migranten bei Messerdelikten ganz weit vorn!	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.8.2021	13
Wir werden uns weiter schützend vor Juden stellen!	13
AfD-Antrag: Kinder vor verurteilten Straftätern schützen	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.8.2021	15
Nie wieder Sozialismus! Es lebe die Freiheit!	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.8.2021	15
Die Sachsen waren immer sehr stolz auf ihren Landesvater!	15



Neues von der Alternative für Deutschland	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.8.2021	16
Bundestag deutlich verkleinern – AfD-Vorschlag folgen	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.8.2021	16
Grundrechte werden mit Füßen getreten und Versprechen gebrochen	16
Kassenärzte-Chef zerlegt die Corona-Panikmache!	17
MPK-Beschlussvorlage bedeutet indirekten Impfzwang	17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.8.2021	18
Merkel und Söder lassen Lockdown-Katze aus dem Sack	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.8.2021	18
Die Suggestiv-Berichterstattung über die „Anti-Grünen-Kampagne“ ist unredlich	18
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	19
PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.8.2021	19
Konsequente Folgerungen aus dem gescheiterten Afghanistaneinsatz ziehen	19
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.8.2021	20
Bevorstehender Bahn-Streik ist Folge sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik	20
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.8.2021	21
Afghanen gegebenenfalls heimatnah unterbringen und Grenzen für illegale Migranten dichtmachen.....	21
Lohnungleichheit in Ost und West macht Umdenken erforderlich.....	21
Schuld am Streik-Chaos trägt in erster Linie die Regierung.....	22
Bundesregierung muss auf Entwicklung in Afghanistan klug reagieren	22
Rechtsschutz für die Opposition erscheint faktisch dysfunktional	23
PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.8.2021	23
Die Flüchtlingskrise von 2015 droht sich zu wiederholen.....	23
IPCC spricht sich wie AfD-Fraktion für Atomenergie aus	24
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.8.2021	25
60 Jahre nach dem Bau der Mauer droht ein „antifaschistischer Schutzwall in den Köpfen“...25	
Karlsruhe entscheidet erneut im Sinne der Regierung und verschleppt Verkleinerung des Bundestages	25
Wir gedenken der Opfer von Mauer und SED-Diktatur!	26
Video-Empfehlungen	27
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	27
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	27
Kanal von AfD Kompakt TV	27



Wochenendpodcast der AfD.....	27
AfD im EU-Parlament.....	27
Meldungen aus Deutschland und der Welt	28
Vermischtes aus Deutschland und der Welt.....	28
Olympia-Skandal: Eurosport-Sprechern rutscht Wahrheit über Pandemie heraus	28
Wegen Erpressung durch EU: Polnischer Minister droht mit EU-Austritt	28
So geht Manipulation – Update: Wie man Geimpfte auf Ungeimpfte hetzt.....	28
Orbán: „Können nicht ausschließen, dass es in Zukunft eine Migration von Europäern vom Westen in den Osten geben wird“	28
Informationen zum Coronavirus	28
Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard	28
Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard	28
Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands	28
NDR: Ministerpräsidenten und Merkel wollen Gültigkeit von Schnelltests auf wenige Stunden begrenzen	28
Medienbericht: Ab Herbst Impfnachweis- und Testpflicht auch beim Einkauf im Supermarkt	28
Beschlussvorlage für neue Corona-Regelungen der Bundesregierung basiert auf frechen Lügen.....	28
Corona-Infos für Sachsen	29
Sächsische Corona-Schutz-Verordnung.....	29
Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen	29
Corona-Statistik Landkreis Bautzen	29
Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“	29
Von wegen Klimawandel: Waldbrände in Griechenland von Afghanen gelegt!	29
Katholischer Priester in Frankreich ermordet.....	29
Lettland ruft wegen Migranten an Belarus-Grenze Notstand aus.....	29
Migranten zerstörten das Römische Imperium: jetzt wiederholt sich die Geschichte	29
Fakten in Bildern	30
Achtung Satire!	31
Kommunalmandate im KV Bautzen	32
PRESSE-ARCHIV	32
SPENDENKONTO.....	32
KONTAKT:.....	32



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Unser Bundestagskandidat im Wahlkreis 160 Dresden II / Bautzen II, Dipl. Ing. Holger Prade steht Ihnen Rede und Antwort



Termine Bürgerfragestunde

Ort: Radeberg, Dresdner Straße 7

Samstag, 21. August 2021, 13 Uhr bis 15 Uhr

Samstag, 28. August 2021, 13 Uhr bis 14 Uhr

Herr Prade war viele Jahre Unternehmer, ist Zertifizierter Sachverständiger, schreibt Bücher und arbeitet seit 2017 als Büroleiter im Deutschen Bundestag.

Er ist Listenkandidat für die Bundestagswahl am 26. September 2021 im Wahlkreis Dresden II - Bautzen II, WK 160.

Schauen Sie doch einfach mal vorbei. Wir freuen uns auf Sie und Ihre Fragen.

Dipl. Ing. Holger Prade

PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Bautzen

Verlust der Bäcker Ausbildung ist neuer Tiefschlag für Bautzen

Wie die Sächsische Zeitung heute berichtet, werden keine Bäcker mehr in Bautzen ausgebildet.

Dazu kommentiert Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter aus Bautzen:

„Die Enttäuschung ist sehr groß und für mich nicht nachvollziehbar. Die Ausbildungsvielfalt in Bautzen wird wesentlich von der Staatsregierung zerstört, ohne auf die lokalen Befindlichkeiten einzugehen.

In Coronazeiten ist es für alle Handwerksbranchen schwierig, genügend Lehrlinge zu finden. Das Nichterreichen der Mindestklassenstärke ist daher für mich kein Argument, die Bäckerlehre in Bautzen einzustellen.

Ich bin davon überzeugt, dass es Möglichkeiten gegeben hätte, für die Bäckerlehre eine Ausnahmeregelung zu finden.

Wie meine Kleine Anfrage (Drs 7/ 6757) zeigt, haben in Sachsen von 37 DAZ-Klassen (Deutsch als Zweitsprache), 28 Vorbereitungsklassen eine Ausnahmegenehmigung von der Staatsregierung erhalten, weil sie die Mindestanzahl von 16 Schülern nicht erreicht haben.



Warum ist das nicht für das BSZ Bautzen möglich? Es wäre auf jeden Fall die richtige Option gewesen, damit die Ausbildungsvielfalt in Bautzen erhalten bleibt und junge Menschen hier in der Region ihre Ausbildung absolvieren können.

Der Verlust der Bäckerlehrlinge in Bautzen ist ein weiterer Baustein für die Vernachlässigung des ländlichen Raumes.“

AfD-Kreisrat und Gemeinderat in Malschwitz, Steffen Lehmann ergänzt:

„Ich kann den Aussagen von Frank Peschel nur zustimmen.

Ein wesentlicher Punkt der Standortsicherheit ist die regelmäßige Klassenbildung über der Mindestschülerzahl. Gemäß § 4a Abs. 1 S. 1 Nr. 4 SächsSchulG beträgt die Mindestschülerzahl an Berufsschulen 16 Schüler je Klasse.

Bereits in der Stellungnahme der Verwaltung in der letzten Kreistagssitzung zu unserem "Klageantrag gegen den Teilschulnetzplan", hätte allen Kreisräten bewusst sein müssen, dass die Mindestanzahl von 16 Schülern mit Hauptwohnsitz im Landkreis Bautzen nie erreicht werden kann! Folgende Zahlen hatte uns die Verwaltung vorgestellt:

Anzahl der Schüler – 1. Ausbildungsjahr „Beruf – Bäcker“ der letzten Jahre in Bautzen:

2018/19 = 13 Lehrlinge

2019/20 = 7 Lehrlinge

2020/21 = 10 Lehrlinge

Mit einer Klage gegen den Teilschulnetzplan hätte die Bäckerausbildung in Bautzen erhalten bleiben können. Dies wurde im Kreistag Bautzen verhindert.“

Frank Peschel und Steffen Lehmann

12.8.2021



Termine – Kreisverband Bautzen

Mo	16.08.21	18.00-20.00 Uhr	Marktplatz Hauptstr. 1 01454 Radeberg	AfD zum Anfassen - Bürgerabend mit offenem Mikrofon Für Sie vor Ort sind Karsten Hilse - MdB, Jörg Urban - MdL und Holger Prade - Bundestagskandidat im Wahlkreis BautzenII/DresdenII
Sa	21.08.21	13.00-15.00 Uhr	Bürgerbüro Dresdner Str. 7 01454 Radeberg	BÜRGERFRAGESTUNDE Holger Prade, Listenkandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis Dresden II/Bautzen II Wahlkreis 160
Mo	23.08.21	19.00 Uhr	Residence Hotel Bautzen Wilthener Str. 32 02625 Bautzen	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will! Gastredner: Holger Prade, Bundestagskandidat im Wahlkreis BautzenII/DresdenII
Di	24.08.21	10.00-13.00 Uhr	Reichenstraße Bautzen am Reichturm	INFOSTAND AfD Kreisverband Bautzen und Karsten Hilse, MdB
Di	24.08.21	19.00 Uhr	Kulturhaus Laubusch Hauptstr. 10 02991 Lauta	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!
Mi	25.08.21	19.00 Uhr	Bautzen Kornmarkt	KUNDGEBUNG der AfD Bautzen mit Tino Chrupalla, Karsten Hilse, Jörg Urban und Henry Nietzsche
Do	26.08.21	19.00 Uhr	Blaue Kugel Hauptstr. 97 02733 Cunewalde	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was will die AfD wirklich Gastredner: Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen
Sa	28.08.21	13.00-14.00 Uhr	Bürgerbüro Dresdner Str. 7 01454 Radeberg	BÜRGERFRAGESTUNDE Holger Prade, Listenkandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis Dresden II/Bautzen II Wahlkreis 160
Mo	30.08.21	19.00 Uhr	Waikiki-Sportbar An den Sportanlagen 1 02699 Königswartha	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!
Di	31.08.21	19.00 Uhr	Häuslerschenke Rachlau Rachlau 52 02997 Wittichenau	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!



Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag

Jetzt AfD-Mitglied werden!

Es ist gut möglich, dass das Jahr 2021 zu einem Jahr der folgenschweren politischen Richtungs-Entscheidungen werden könnte – neben der Bundestagswahl im Herbst stehen zahlreiche Landtagswahlen in den Bundesländern an. Auf Bundesebene droht erstmals eine Regierungs-Vermählung der ohnehin vergrüneten Merkel-CDU mit den Grünen. Dieses Szenario wollen wir unbedingt verhindern – und vor allem für eine noch stärkere AfD im Bundestag sorgen! Hier ist Ihre Gelegenheit, uns dabei zu unterstützen und Teil einer großartigen Gemeinschaft zu werden!

Acht Jahre nach ihrer Gründung am 6. Februar 2013 ist die AfD mit rund 32.000 Mitgliedern bereits eine große Familie, die für eine grundlegende politische Erneuerung eintritt. Doch diese Familie könnte noch größer sein! Jedes einzelne Mitglied ist von großem Nutzen, denn im Vergleich zu den alten Ex-Volksparteien haben wir bei den Mitgliederzahlen immer noch eine große Wachstumsphase vor uns. Und falls Sie sich noch nicht endgültig für einen Beitritt entscheiden möchten: Schauen Sie doch einmal bei einer AfD-

Veranstaltung in Ihrem Umkreis vorbei und machen Sie sich selbst ein Bild! Oder noch besser: Füllen Sie hier gleich Ihren Mitgliedsantrag aus und leisten Sie damit Ihren Beitrag dazu, dass Deutschland eine freie, rechtsstaatliche und lebenswerte Zukunft haben wird: www.jetztafd.de



Webseite Karsten Hilse, MdB

Die Internetseite unseres Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse ist online.

Unter www.karstenhilse.de können Sie sich immer über ihn und seine Arbeit informieren.



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 8.8.2021

Liebe Freunde, liebe Leser,

es war bisher das Metier der Antifa, sich lauthals über angebliche Polizeigewalt zu beschweren. Erst flogen Steine auf die Beamten und dann folgte die große Jammerklage, wenn die Polizei gegen die Gewalttäter vorging.

So kennen wir das seit Jahren und so ist es bis heute. Erinnerung sei nur an die Blockade des Leipziger Flughafens vor einigen Wochen, bei der vermutlich ein Millionenschaden entstand und die natürlich beendet werden musste, auch wenn das die sächsische Justizministerin Katja Meier (Grüne) anders sehen sollte, um ihre Gesinnungsgenossen zu schützen.



Inzwischen regt sich allerdings auch aus einer anderen Ecke Unmut über Polizeigewalt. Prof. Dr. Jörg Baberowski, ein exzellenter Gewaltforscher, zeigte sich z.B. entsetzt über das Vorgehen der Polizei gegenüber einigen Querdenken-Demonstranten in Berlin vor einer Woche.

„Völlig enthemmte Polizeibeamte“ hätten „ohne Anlass“ auf einen Versammlungsteilnehmer „mit der Faust ins Gesicht“ eingeschlagen. Baberowski filmte laut eigenen Angaben die erschreckende Szene und ist bereit zu einer Zeugenaussage. Denn: „Was ich gesehen habe, ist beschämend, roh und abstoßend. Eines Rechtsstaats unwürdig.“

Zu einer ähnlichen Einschätzung scheint Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter für Folter, gekommen zu sein. Der Schweizer Diplomat kündigte eine „offizielle Intervention“ bei der Bundesregierung aufgrund der Vorkommnisse an.

Er sagte, es sei „absolut inakzeptabel“ gegen mehrheitlich friedliche Demonstranten „mit teilweise lebensgefährlicher Gewalt“ vorzugehen. „Da läuft etwas ganz Fundamentales schief. In allen Regionen der Welt betrachten die Behörden die eigene Bevölkerung offenbar zunehmend als Feind.“

Berlin war leider auch keine Ausnahme. In den vergangenen Monaten haben wir in Dresden bei Protesten gegen die Corona-Zwangmaßnahmen ebenso unverhältnismäßige Übergriffe von Polizisten auf regierungskritische Bürger erlebt.

Auf der Videoplattform Youtube ist das gut dokumentiert. Zu sehen ist dort unter anderem, wie am 17. April ein Mann auf dem Postplatz einigen Zuhörern Grundrechte vortrug. Als er damit fertig



war, wollte er auf sein Fahrrad steigen. In diesem Moment attackierte ihn ein Polizist aus Nordrhein-Westfalen von hinten, würgte ihn und brachte ihn zusammen mit mehreren Kollegen zu Boden.

Diese Brutalität wird ansonsten nur mit tatsächlichen oder vermeintlichen Schurkenstaaten in Verbindung gebracht. Sie ereignet sich jedoch leider mittlerweile auch in Deutschland. Das gilt es offen anzusprechen, weil es keinen Tag länger hinnehmbar ist.

Trotzdem ist es mir wichtig, keinen Generalverdacht gegenüber der Polizei aufkommen zu lassen. Die allermeisten Polizisten haben ihren ehrenwerten Beruf gewählt, weil sie Kriminalität bekämpfen wollen und nicht, um die Abstände zwischen Spaziergängern zu kontrollieren.

Das belegt auch eine aktuelle Studie der Rothenburger Polizeihochschule: Jeder dritte sächsische Beamte hält die Corona-Maßnahmen für übertrieben und schämte sich teilweise für die Anweisungen von oben. Besonders verärgert waren unsere Beamten über Spitzeldienste, die sie erbringen mussten.

Genau hier liegt das Problem: Die Neutralität der Polizei ist gefährdet, wenn sie zur Durchsetzung willkürlicher Regierungspolitik eingesetzt wird, die unsere Grundrechte missachtet.

Es versteht sich dabei von selbst, dass Gewalt dennoch in jedem Fall zu verurteilen ist und Versammlungsteilnehmer, die sich nicht benehmen können, ihrem vorgeblichen Anliegen schweren Schaden zufügen.

Deshalb möchte ich alle Seiten zur Besonnenheit aufrufen. In einer freiheitlichen Gesellschaft müssen jederzeit friedliche Versammlungen möglich sein. Dieses Grundrecht werden wir immer verteidigen.

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.8.2021

Rückreise statt Einreise!

Seit 20 Jahren beschäftigt uns **#Afghanistan**: Der Militäreinsatz ist offensichtlich genauso gescheitert wie die westliche Wiederaufbauhilfe.

Deshalb werden nun Stimmen lauter, die Menschen einfach direkt nach Europa und vor allem Deutschland zu lotsen. Doch wohin führt »Refugees Welcome 2.0«? Kann Deutschland die ganze Welt beherbergen und alimentieren? Nein, das ist unmöglich.

Hinzu kommt: Sehr viele Afghanen sind bei uns kriminell in Erscheinung getreten. Zuletzt attackierte in Annaberg-Buchholz ein Afghane einen Deutschen mit einer abgebrochenen Glasflasche und stach damit in





Richtung Kopf.

Solche Zustände können wir nicht dulden. Die Sicherheit der Einheimischen hat Vorrang vor dem Schutz von Gefährdern.

Daher sagen wir: Kriminelle Migranten müssen in jedem Fall abgeschoben werden. Auch nach Afghanistan und auch nach Syrien!

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/3947258065403348/>

Ein Staatsfunk ist in jeder Demokratie ein Fremdkörper!

Knapp der Hälfte der Deutschen fehlt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Ausgewogenheit. Das ergab eine neue INSA-Umfrage im Auftrag der BILD-Zeitung.



Besonders in der Kritik: 53 Prozent der Unzufriedenen ist die Berichterstattung über Migrationsthemen „zu positiv“. 61 Prozent sagen, Bundeskanzlerin Merkel werde zu positiv dargestellt. 47 Prozent sehen zudem eine unangemessene Idealisierung der grünen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock.

„ARD, ZDF, MDR und Co. haben die Pflicht, objektiv und überparteilich zu berichten. So steht es ausdrücklich in den Programmgrundsätzen. Wenn nun die Hälfte der Deutschen sagt, diese Programmgrundsätze werden teilweise auf das Größte verletzt, so muss das Konsequenzen haben.

Der MDR sollte sich z.B. einmal seine Nachrichten anschauen und überprüfen, ob alle Parteien entsprechend der erzielten Wahlergebnisse Sendezeit erhalten. Das ist im Hinblick auf die AfD nicht der Fall. Ebenso kommt die Opposition insgesamt schlecht weg. Deshalb ist der Vorwurf des Regierungsjournalismus sehr wohl berechtigt“, kritisiert [Torsten Gähler](#), medienpolitischer Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/ein-staatsfunk-ist-in-jeder-demokratie-ein-fremdkoerper/>



Willkommenskultur für Kinder!

Ungeborene Kinder haben ein Recht auf Leben. Viel zu oft wird dieses Recht jedoch Zukunftsängsten untergeordnet. Solchen Ängsten will die AfD durch konkrete Hilfen für Familien in allen Lebenslagen vorbeugen, insbesondere den lebensrettenden Ausweg der Adoption erleichtern und fördern. Wir wollen die Möglichkeiten der anonymen bzw. vertraulichen Geburt weiter ausbauen und stärken sowie die Verfügbarkeit von Babyklappen sicherstellen. Die Gesellschaft muss in Familien, Schule und Medien den Respekt vor dem Leben und ein positives Bild von Ehe und Elternschaft vermitteln. Diesen Bedarf erkennt man daran, dass seit Jahren in Deutschland jährlich rund 100.000 ungeborene Kinder getötet werden, was der Zahl der Einwohner einer Großstadt entspricht.



Die verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung ist in vielen Fällen zu einem formalen Verwaltungsakt verkümmert und befördert eine Bagatellisierung von Abtreibungen. Sie muss stattdessen dem Schutz des Lebens dienen. Wie vom Bundesverfassungsgericht zur Bedingung gestellt, ist regelmäßig die Wirksamkeit der Beratungsscheinregelung zu überprüfen. Gegebenenfalls ist durch gesetzliche Korrekturen ein wirksamer Lebensschutz zu gewährleisten.

Schwangerschaftsberatungen müssen mit transparenten Qualitätsstandards und möglichst unter Einbeziehung der Väter durchgeführt werden. Abtreibungen, speziell aus sozialen und familiären Gründen, müssen dabei die Ausnahme bleiben. Bei der Beratung muss explizit über den Entwicklungsstand der ungeborenen Kinder und mögliche Spätfolgen einer Abtreibung aufgeklärt werden, wie z. B. das Post-Abortion-Syndrom (PAS). Eine Abtreibung ist meldepflichtig, Verstöße dagegen sind zukünftig zu ahnden. Die Abtreibungsstatistik soll dadurch die wirkliche Zahl der Abtreibungen wiedergeben. Die Entscheidung über eine Abtreibung muss natürlich bei der Mutter bzw. bei den Eltern liegen, dennoch lehnen wir alle Bestrebungen ab, die Tötung Ungeborener zu einem Menschenrecht zu erklären. Wir wenden uns strikt gegen die Kommerzialisierung des Mutterleibes durch bezahlte Leihmutterchaften und gegen die Vermarktung von Gewebe getöteter ungeborener Kinder.

<https://www.afd.de/wahlprogramm/>

Kretschmer will das Gleichheitsprinzip aushebeln!

Zur anstehenden Ministerpräsidentenkonferenz am 10. August erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„Mit seiner Forderung, nur noch geimpfte und genesene Personen zu Großveranstaltungen zulassen zu wollen, hebt CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer das Gleichheitsprinzip aus. Er ebnet damit einer [Gesellschaft](#) den Weg, die zwischen Bürgern erster und zweiter Klasse unterscheidet. Dazu darf es unter keinen Umständen kommen. Grundrechte heißen Grundrechte, weil jeder sie für sich reklamieren darf.“



Ministerpräsident Kretschmer missachtet aber nicht nur das Grundgesetz. Er verkennt auch, dass Geimpfte genauso erkranken und Corona weitertragen können. Einer Impfpflicht durch die Hintertür erteilen wir deshalb eine klare Absage.

Es ist erschreckend, dass bereits jetzt trotz leerer Krankenhäuser Ungeimpften der nächste Lockdown angedroht wird. Um diesen drohenden Lockdown zu rechtfertigen, scheint Sachsen weiter am 7-Tage-Wert (Inzidenz) festhalten zu wollen, obwohl seine Unbrauchbarkeit mittlerweile wissenschaftlich erwiesen ist. Laut einer Studie der Uni Duisburg/Essen sind bis zu 80 Prozent der Positiv-Getesteten nicht ansteckend. Wir sollten daher auf den

Inzidenzwert komplett verzichten. Er stiftet nur Verwirrung.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/kretschmer-will-das-gleichheitsprinzip-aushebeln/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.8.2021

Militanter Linksextremismus muss mit Gefängnis bestraft werden!

Eine Kleine Anfrage ([Drs. 7/6917](#)) des sicherheitspolitischen Sprechers der sächsischen AfD-Fraktion, [Carsten Hütter](#), zeigt, dass im Jahr 2021 bisher nur 18 Linksextremisten rechtskräftig verurteilt werden konnten. Währenddessen wurden 394 Ermittlungsverfahren eingestellt.

Dazu erklärt Carsten Hütter:

„Man muss es leider so deutlich sagen: Militante Linksextremisten werden von der sächsischen Justiz sehr häufig nur mit Samthandschuhen angepackt. Das gilt selbst für Fälle gefährlicher Körperverletzung, tätlicher Angriffe auf Polizisten und besonders schwere Fälle von Landfriedensbruch.

Am 1. Januar 2020 bewarf ein Linksextremist in Leipzig z.B. Polizisten mit Glasflaschen. Die Folge: lediglich eine Bewährungsstrafe. In einem anderen Fall aus dem Jahr 2015 flogen sogar Steine auf Beamte, die dadurch verletzt wurden. Wenn hier erst nach über fünf Jahren eine Bewährungsstrafe ausgesprochen wird, hat das keine abschreckende Wirkung. Im Gegenteil: Der Rechtsstaat ermuntert Linksextremisten damit zu weiteren, zum Teil lebensbedrohlichen Gewalttaten.

Um den Druck auf die militante Szene zu erhöhen, fordere ich daher zum einen eine deutliche Aufstockung der Soko LinX und zum anderen Strafen, die wirklich wehtun. Aus meiner Sicht reichen für Gewalttäter geringe Geld- und Bewährungsstrafen nicht aus. Militanter Linksextremismus muss vielmehr mit Gefängnis bestraft werden!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/militanter-linksextremismus-muss-mit-gefaengnis-bestaft-werden/>



AfD-Anfrage belegt: Migranten bei Messerdelikten ganz weit vorn!

„Gefährder haben in der Mitte unserer freiheitlichen Gesellschaft nichts zu suchen und müssen daher auch abgeschoben werden.“ Das waren die Worte von [#CDU](#)-Innenminister Roland Wöllner nach dem schrecklichen Messermord von Dresden im Oktober 2020 durch einen islamistischen Syrer. Sie sollten den Eindruck erwecken, dass die CDU-geführte Regierung nun endlich konsequent gegen schwerkriminelle Ausländer vorgeht.



Was ist seitdem geschehen? Im Juni 2021 tötete ein Mann aus Somalia in Würzburg drei Frauen mit einem Messer und verletzte fünf weitere Personen schwer. Unmittelbar nach dieser grausamen Tat kam heraus, dass der somalische Messermörder zuvor vier Jahre lang in [#Sachsen](#) lebte und wegen gefährlicher Körperverletzung mit einem Messer in Chemnitz angeklagt wurde.

„Angesichts dieser fürchterlichen Erfahrungen müsste die Bekämpfung der Messerkriminalität zu den wichtigsten Aufgaben der Staatsregierung zählen“, kommentiert Sebastian Wippel, innenpolitischer Sprecher der sächsischen [#AfD](#)-Fraktion. „Doch wie eine aktuelle Kleine Anfrage (Drs. 7/7085) von mir zeigt, kam es in unserem Freistaat allein im ersten Halbjahr 2021 zu 1.450 Straftaten mit Waffen, Messern und gefährlichen Gegenständen (744-mal mit einer Stichwaffe). Rund 30 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen waren dabei Migranten, obwohl der offizielle Ausländeranteil in Sachsen nur bei um die fünf Prozent liegt.“

Den Ankündigungen von Innenminister Wöllner folgten somit offensichtlich keine tatsächlich wirkungsvollen Maßnahmen. Wir fordern daher weiter:

- ① Ausländische Straftäter konsequent abschieben!
- ② Messermänner immer in Untersuchungshaft nehmen! Denn: Wer auf kurze Distanz mit einem Messer angreift, handelt nicht weniger gefährlich als ein Pistolenschütze und nimmt den Tod seines Gegenübers in Kauf.
- ③ Zusätzliches Personal für die sächsische Polizei! Erst wenn die Polizei intensive Kontrollen durchführen kann, lässt sich die Lage entscheidend verbessern.
https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/4233280353408117
/

PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.8.2021

Wir werden uns weiter schützend vor Juden stellen!

In der Sächsischen Zeitung fand sich unlängst ein Artikel mit dem Titel „Wie Juden in Sachsen leben“. Darin wird der sächsische Landes- und Fraktionsvorsitzende der AfD, [Jörg Urban](#), mit einer inhaltlich falschen Darstellung erwähnt. Es findet deshalb gerade eine juristische Prüfung des Beitrags statt.



Jörg Urban erklärt dazu:

„Erneut versucht uns die Presse mit einer grotesken Argumentation in die antisemitische Ecke zu schieben. Das lassen wir uns nicht gefallen. Wir werden uns vielmehr weiter schützend vor alle Juden stellen.“

Währenddessen kommen aus dem linken Lager ständig Israel-Boykottaufrufe und auch die CDU beschränkt sich lediglich auf nette Sonntagsreden. Kommt es aber darauf an, die Jüdischen Gemeinden wirkungsvoll zu schützen, bleibt sie inaktiv. Ich erinnere nur an das klägliche Versagen von Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht. Bis zum Terroranschlag am 9. Oktober 2019 in Halle gab es von Seiten des Innenministeriums kein einziges Angebot für den Schutz der Jüdischen Gemeinden.

In Sachsen sieht es nicht viel besser aus: Als in Dresden Mitte Mai aus einer Palästina-Demonstration heraus Menschen mit Israel-Fahnen angegriffen wurden, blieben sowohl die Einsatzkräfte als auch die sächsische Regierung seltsam zurückhaltend. Muslimischer Antisemitismus wird mit einem solchen Verhalten bagatellisiert. Das werden wir auch in Zukunft in aller Deutlichkeit ansprechen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/wir-werden-uns-weiter-schuetzend-vor-juden-stellen/>

AfD-Antrag: Kinder vor verurteilten Straftätern schützen

Die AfD-Fraktion hat in den Sächsischen Landtag einen Antrag ([Drs. 7/7410](#)) zum Schutz von Kindern vor verurteilten Straftätern eingereicht. Dazu erklärt der Abgeordnete Dr. [Rolf Weigand](#):



„Es gibt etliche Gesetzeslücken, die es selbst verurteilten Sexualstraftätern erlauben, nach einer gewissen Übergangszeit wieder in der [Kinder-](#) und Jugendhilfe tätig zu sein. Der Bundesrat hat sich bereits bemüht, diese Lücken zu schließen. Doch im Deutschen Bundestag ist diese dringend notwendige Gesetzesverschärfung seit über einem Jahr unangetastet liegengeblieben. Die CDU-geführte Bundesregierung vernachlässigt damit den Schutz unserer Kinder vor sexueller Gewalt. Mit unserem Antrag rufen wir nun Ministerpräsident Michael Kretschmer dazu auf, in dieser Sache endlich aktiv zu werden.“

Darüber hinaus fordern wir auch Verschärfungen an anderer Stelle. Personen, die nachweislich mit Drogen in Kontakt gekommen sind, gegen das Waffengesetz verstoßen haben oder kriminellen bzw. terroristischen Vereinigungen angehört, können ebenfalls nicht sorglos zur Betreuung oder Erziehung unserer Kinder eingesetzt werden.

Wir wollen damit die Vorbildfunktion und Vertrauenswürdigkeit der Betreuer und Erzieher stärken. Zudem halten wir unseren Antrag für einen notwendigen Schritt im Kampf gegen Kindesmissbrauch.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-kinder-vor-verurteilten-straftaetern-schuetzen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.8.2021

Nie wieder Sozialismus! Es lebe die Freiheit!

Zu „60 Jahre Mauerbau“ erklärt der kulturpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, [Thomas Kirste](#):

„Die Berliner Mauer zerriss unzählige ostdeutsche Familien. Viele hundert Menschen wurden zudem an der innerdeutschen Grenze erschossen, weil sie in die Freiheit fliehen wollten. Die Erinnerung an dieses sozialistische Verbrechen gilt es deshalb wachzuhalten. Jede Form des Sozialismus endet in Elend.

Umso bedauerlicher ist es, dass heute – 60 Jahre nach dem Mauerbau – die SED-Nachfolgepartei wieder an entscheidenden Machthebeln sitzt, obwohl sie mit ihrer unheilvollen Vergangenheit weder personell noch ideell gebrochen hat. Wenn CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer für eine engere Verständigung mit den Linken in Thüringen wirbt und sie in Sachsen ins Boot holt, um die Schuldenbremse per Verfassungsänderung aufzuweichen, dann scheint er die Verbrechen von SED und Stasi vergessen zu haben.

Wir haben diese Verbrechen nicht vergessen. Deshalb: Nie wieder Sozialismus! Es lebe die Freiheit!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/nie-wieder-sozialismus-es-lebe-die-freiheit/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.8.2021

Die Sachsen waren immer sehr stolz auf ihren Landesvater!

Zum Tod von Kurt Biedenkopf erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„Wir möchten der gesamten [Familie](#) Biedenkopf unser tiefempfundenes Beileid aussprechen. Die Sachsen waren stets sehr stolz auf ihren langjährigen Landesvater, der sich bis zuletzt mit überparteilichen und erfrischenden Wortmeldungen ins politische Geschehen einmischte.

Nach der Deutschen Einheit war es für Sachsen von großer Bedeutung, dass mit dem damaligen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf eine authentische, konservative Identifikationsfigur an der Spitze unseres Freistaates stand.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/die-sachsen-waren-immer-sehr-stolz-auf-ihren-landesvater/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.8.2021

Bundestag deutlich verkleinern – AfD-Vorschlag folgen

Berechnungen des Wahlrechtsexperten Vehrkamp zufolge könnte der neue, am 26. September zu wählende, Bundestag bis zu 1.000 Abgeordnete haben. Die Normgröße liegt bei 598 Mandaten. Derzeit gibt es aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmandaten 709 Bundestagsabgeordnete.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender, hält eine solche Prognose für besorgniserregend, schließlich seien enorme Kosten mit einem immer größer werdenden Bundestag verbunden, seine Arbeit werde immer weniger effizient und die Kapazitätsprobleme wüchsen. Brandner hat kein Verständnis dafür, dass man nicht schon die zu Ende gehende Legislaturperiode dazu genutzt habe, das Wahlrecht endlich zu reformieren und so eine Verkleinerung des Bundestages zu erreichen:

„Als AfD haben wir einen Vorschlag vorgelegt, der es ermöglicht hätte, das Problem sofort zu lösen, und eine Größe von 598 festzuschreiben. Gewollt war das aber von den anderen Fraktionen nicht. Kein Wunder, ist doch bei den Altparteien der Wunsch nach Versorgungsposten sehr hoch.

Uns geht es jedoch darum effizient und kostensparend Politik für Deutschland zu machen und dafür sind schon 598 Abgeordnete mehr als genug. Ein Grund mehr AfD zu wählen, sodass in der nächsten Wahlperiode endlich die Wahlrechtsreform für einen kleineren Bundestag durchgesetzt werden kann!“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-bundestag-deutlich-verkleinern-afd-vorschlag-folgen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.8.2021

Grundrechte werden mit Füßen getreten und Versprechen gebrochen

Heute haben Bund und Länder sich darauf geeinigt, ungeimpfte Personen nur bis zu einer Inzidenz von 35 von der Testpflicht zu befreien. Für den Zugang zu Freizeiteinrichtungen wie Restaurants, Veranstaltungen und Sportstätten oder körpernahen Dienstleistungen, Unterkünften sowie Krankenhäusern und Altenheimen ist dann ein Test nötig. Zudem sind die Corona-Tests ab dem 11. Oktober nicht mehr kostenfrei.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender, ist entsetzt, dass die Impfpflicht nun nicht nur durch die Hintertür, sondern ganz offensichtlich kommt, entgegen dem, was beispielsweise Gesundheitsminister Spahn und der sächsische Ministerpräsident Kretschmer mehrfach versprochen hätten. Gerade ärmere Menschen würden durch die teuren Tests in die Impfung getrieben.



Brandner wörtlich hierzu:

„Die deutsche Politik bewegt sich immer wieder auf Irrwegen, die Gesellschaft wird ein weiteres Mal gespalten. Wer nicht genügend Geld zur Verfügung oder gute Gründe hat, wird an der Ausübung seiner Grundrechte gehindert. Das darf nicht sein.

Grundrechte sind keine Geimpferechte. Sie stehen jedem zu, unabhängig von finanziellen Mitteln und Impfstatus. Die Regierenden treten unser Grundgesetz immer weiter mit Füßen. Nur die AfD setzt sich für die Wahrung der Freiheit und die Einigkeit der Gesellschaft ein.“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-grundrechte-werden-mit-fuessen-getreten-und-versprechen-gebrochen/>

Kassenärzte-Chef zerlegt die Corona-Panikmache!

Dem Vorsitzenden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Andreas Gassen, platzt der Kragen: Die Inzidenz-Festlegung sei willkürlich „wie auf dem Basar“, die Politik verfolge beim Coronavirus



eine „Kontroll-Illusion“. Und: Das Krankheitsgeschehen sei im Moment extrem niedrig, Deutschland sei „nie in der Nähe eines Versagens des Gesundheitssystems“ gewesen.

Gassen fordert zudem einen schrittweisen Rückbau der Corona-Maßnahmen, eine Freiwilligkeit des Impfens und den Verzicht auf weitere „Lockdowns“. CSU-Politiker wie Markus Blume finden

Gassens Thesen freilich „abenteuerlich“ – kein Wunder: Die Altparteien haben sich von abweichenden Argumenten abgeschottet und wollen krampfhaft ihre fanatische Corona-Ideologie durchsetzen. Schluss damit! Gassens Argumente müssen endlich gehört werden, die Normalität muss wiederhergestellt werden!

<https://www.facebook.com/alternatiefuerde/photos/a.542889462408064/4534368583260112/>

MPK-Beschlussvorlage bedeutet indirekten Impfwang

In der heutigen Ministerpräsidentenkonferenz wollen die Regierungen von Bund und Ländern eine Testpflicht für Veranstaltungen, Gastronomie und verschiedene Einrichtungen beschließen. Ab Oktober soll es keine kostenlosen Corona-Tests mehr geben. Der Bundestag soll am 7. September die epidemische Lage verlängern. Bund und Länder sollen auch die Impfquote als Indikator für die Erhebung zusätzlicher Maßnahmen heranziehen.

Dazu erklärt Alice Weidel, stellvertretende Bundessprecherin und AfD-Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl:

„Die Regierungen in Bund und Ländern ziehen die Schlinge um die Freiheit nicht geimpfter, gesunder Bürger immer weiter zu. Die vorgelegten Beschlüsse bedeuten indirekten Impfwang



durch Einschränkungen, Verbote und Mehrbelastung. Durch die Verlängerung der epidemischen Lage wird die Ausnahme zur neuen Normalität. Während Dänemark und Großbritannien öffnen, schließt Deutschland seinen Bürgern die Tür zur Freiheit ohne echte Öffnungsperspektive zu.

Wir fordern: Grundrechte dürfen nicht zu Privilegien für Wohlverhalten herabgewürdigt werden. Die Regierungen müssen den Bürgern ihre Freiheiten vollständig zurückgeben. Da Impfung freiwillig ist, darf die Impfquote nicht als Indikator für das Infektionsgeschehen herangezogen werden. Deutschland muss endlich zurück zur echten Normalität!“

<https://www.afd.de/alice-weidel-mpk-beschlussvorlage-bedeutet-indirekten-impfzwang/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.8.2021

Merkel und Söder lassen Lockdown-Katze aus dem Sack

Auf der Pressekonferenz zum Corona-Gipfel hat Bundeskanzlerin Merkel gestern bekräftigt, dass Geimpfte bei Steigerung des Infektionsgeschehens „anders behandelt“ werden sollen als Ungeimpfte. Bayerns Ministerpräsident Söder wollte einen Lockdown ausschließen nur „für Zweitgeimpfte“, nicht aber für Ungeimpfte.

Dazu erklärt Alice Weidel, stellvertretende Bundessprecherin und AfD-Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl:

„Nachdem sie bislang ihren Kanzleramtsminister vorgeschickt hatte, ließ Merkel gestern die Katze aus dem Sack. Der Lockdown für nicht geimpfte, gesunde Bürger ist in Planung. Die verfassungswidrige und freiheitsfeindliche Zwei-Klassen-Gesellschaft soll nach der Bundestagswahl kommen.

Merkel und Söder spalten die Gesellschaft in Geimpfte und Ungeimpfte und nehmen dabei auf Laschet keine Rücksicht mehr. Sie beschädigen den eigenen Kanzlerkandidaten und preisen ein, dass freiheitliche Unionswähler ihre Stimme der AfD geben werden.

Wir sind nämlich die einzige Partei, die die Freiheit der Bürger ehrlich und entschlossen verteidigt.“

<https://www.afd.de/alice-weidel-merkel-und-soeder-lassen-lockdown-katze-aus-dem-sack/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.8.2021

Die Suggestiv-Berichterstattung über die „Anti-Grünen-Kampagne“ ist unredlich

Die Hamburger Firma „Conservare Communication GmbH“ hat in dieser Woche eine „Anti-Grünen-Kampagne“ gestartet und diese in verschiedenen deutschen Großstädten plakatieren lassen. Laut Firmeninhaber David Bendels dient die Kampagne dazu, „vielen Wahlberechtigten (zu) verdeutlichen ..., dass von den Grünen eine massive Gefahr für Deutschland ausgeht“. In zahlreichen Medienberichten über die Kampagne wird aktuell suggeriert, dass es zwischen Herrn Bendels, der auch Vorsitzender des „Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten“ ist, und der AfD irgendeine Verbindung oder gar Kooperation gäbe. Dazu erklärt AfD-Pressesprecher Peter Rohling:



„Herrn Bendels und die AfD verbindet nichts – außer zwei Abmahnverfahren und eine Klage, die wir im Jahr 2018 erfolgreich gegen Herrn Bendels eingereicht haben. Abgemahnt hatten wir ihn im Juli 2018, weil sein Verein im damaligen bayerischen Landtagswahlkampf ohne Kenntnis, Abstimmung oder gar Beauftragung der AfD Großflächenplakate veröffentlicht hatte, welche das AfD-Logo enthielten und zur Wahl unserer Partei aufriefen. Nachdem Herr Bendels zunächst eine Unterlassungserklärung abgegeben hatte, veröffentlichte sein Verein dann später etwas abgeänderte Plakate, die zwar nicht mehr das AfD-Logo enthielten, aber in den Farben der AfD zur Wahl einer Alternative aufriefen.“

Im September 2018 mahnte die Partei ihn deshalb erneut ab, beantragte eine einstweilige Verfügung und reichte schließlich wegen ausbleibender Reaktion im Oktober Klage ein. Über diese wurde im Dezember 2018 dann durch Versäumnisurteil zu Gunsten der AfD entschieden.

Jenseits dieser juristischen Auseinandersetzungen gibt es zwischen der AfD und Herrn Bendels keinerlei Verbindung. Medienberichte, die etwas anderes suggerieren, sind reiner Suggestiv-Journalismus, der die AfD offenbar im Wahlkampf beschädigen soll.“

<https://www.afd.de/die-suggestiv-berichterstattung-ueber-die-anti-gruenen-kampagne-ist-unredlich/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.8.2021

Konsequente Folgerungen aus dem gescheiterten Afghanistaneinsatz ziehen

Zum Fall von Kundus und dem Vorrücken der Taliban in Afghanistan nach dem Abzug westlicher Truppen teilt der außenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Armin-Paulus Hampel, mit:

„Was wir jetzt in Afghanistan erleben, war und bleibt absehbar. Eine Provinzhauptstadt nach der anderen wird wie im Dominospiel fallen und von den Taliban eingenommen werden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Kabul fällt. Vermutlich werden sich wie in der Vergangenheit das Pandschirtal und Teile von Nordafghanistan gegen die Taliban halten, während eine neue Regierung das islamische Kalifat ausruft. Entsprechend haben sich schon Russland und China darauf in realpolitischer Anerkennung der Fakten eingestellt und sprechen auch offiziell mit den Taliban. Das wäre auch für die deutsche Außenpolitik der richtige Weg, um vielleicht dazu beizutragen, umfangreiche Racheakte und Flüchtlingsbewegungen wenigstens in Grenzen zu halten.“

Wichtiger noch aber ist aus Sicht der AfD-Bundestagsfraktion, endlich die konsequenten Folgerungen aus diesem größten Desaster der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik auch hinsichtlich zum Beispiel Mali oder Syrien zu ziehen. Schon in den 90er Jahren war es ein strategischer Fehler die damalige Talibanregierung zu ignorieren und das politische Gespräch mit ihnen zu verweigern. Die Parallelen zu Syrien liegen auf der Hand: Nach über 10 Jahren



Bürgerkrieg, in dem sich viele andere Länder manchmal mehr und oft genug auch weniger offen eingemischt haben, ist dieser Krieg de facto entschieden und die Regierung von Präsident Assad hat das Land weitgehend unter Kontrolle. Ob wir uns Bashar Al-Assad nun als Präsident wünschen oder nicht, ist de facto unerheblich. Realpolitisch und sowohl im deutschen Interesse als auch angesichts der humanitären Lage in Syrien geboten wäre das Gespräch.“

<https://afdbundestag.de/hampel-konsequente-folgerungen-aus-dem-gescheiterten-afghanistaneinsatz-ziehen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.8.2021

Bevorstehender Bahn-Streik ist Folge sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik

Die Deutsche Bahn AG steht vor einem schweren Streik. Der stellvertretende verkehrspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion und Berichterstatter Eisenbahn, Wolfgang Wiehle, zeigt Verständnis für das Vorgehen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), appelliert aber an die Gewerkschaft, mit Streikmaßnahmen im DB-Fernverkehr erst nach Ende aller Sommerferien zu beginnen und erklärt hierzu:

„Die Forderungen der GDL haben einen realistischen Kern. Durch das Anziehen der Inflationsrate würde den Eisenbahnern ein realer Einkommensverlust drohen, sollte die GDL den von der DB-Hausgewerkschaft EVG ausgehandelten, bis 2023 laufenden Tarifvertrag übernehmen, der erst für 2022 eine Einkommenserhöhung von 1,5 Prozent vorsieht. Wenn die GDL also mit der Kaufkraft ihrer Mitglieder argumentiert, kann man das nicht von der Hand weisen.

Indirekt geht es aber um das Bestreben von DB-Management und Hausgewerkschaft EVG, eine kleinere Spartengewerkschaft zu zerstören. Hilfsmittel ist dabei das vom SPD-geführten Arbeitsministerium durchgesetzte Tarifeinheitsgesetz. Die personellen Verbindungen von SPD und EVG sind dabei kein Geheimnis. Das Tarifeinheitsgesetz soll bei der DB offensichtlich dazu missbraucht werden, einen Wettbewerb zwischen den Gewerkschaften zu beenden und eine schlagkräftige und vor allem vom Arbeitgeber unabhängige Gewerkschaft auszutrocknen. Wenn sich die GDL dazu gezwungen sieht, mit harten Tarifforderungen ihre Existenzberechtigung zu erkämpfen, ist das daher verständlich. Der drohende Arbeitskampf hängt deshalb auch mit dem Tarifeinheitsgesetz zusammen und ist somit direkte Folge der verfehlten Arbeitsmarktpolitik der SPD.

Anders ist auch nicht zu verstehen, dass die DB mit der EVG ein Sonderkündigungsrecht ihres bereits abgeschlossenen Tarifvertrags vereinbart hat für den Fall, dass die GDL bessere Ergebnisse herausholt. Damit hat der DB-Vorstand das gesamte Unternehmen in eine gefährliche Schieflage gebracht: Die GDL wird quasi zu einem Arbeitskampf getrieben, um überhaupt weiter einen Vertretungsanspruch begründen zu können. Sollte die GDL scheitern, wäre die EVG Nutznießerin des verlorenen Arbeitskampfes. Sollte die GDL Teile ihrer Forderungen durchsetzen können, bekäme die EVG einen identischen Tarifvertrag – die GDL hätte dann auch für die EVG-Mitglieder die sprichwörtlichen Kartoffeln aus dem Feuer geholt.

Bei allem Verständnis für die Position der GDL appelliert die AfD-Bundestagsfraktion aber auch an die übergeordnete Verantwortung, Urlaubern noch eine Zugreise in die Heimat zu ermöglichen. Arbeitskampfmaßnahmen sollten deshalb erst nach Ende der Sommerferien, also nach dem 13. September, eingeleitet werden. Die Zeit bis dahin sollte insbesondere von der DB genutzt werden,



der GDL ein akzeptables Angebot vorzulegen und den gewerkschaftlichen Existenzkampf zu entschärfen.“

<https://afdbundestag.de/wiehle-bevorstehender-bahn-streik-ist-folge-sozialdemokratischer-arbeitsmarktpolitik/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.8.2021

Afghanistan gegebenenfalls heimatnah unterbringen und Grenzen für illegale Migranten dichtmachen

Zur Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan erklärt der innenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Gottfried Curio:

„Seit Jahren hat die AfD-Fraktion die Regierung aufgefordert, beschlossene Abschiebungen auch tatsächlich umzusetzen. Wie sich jetzt zeigt, hätte man dies besser tun sollen – vor allem, solange man die Lage im Lande vor Ort unter Kontrolle hatte. Über Jahre hat die Regierung deutsche Soldaten in Afghanistan verheizt, ohne das Geringste zu erreichen. Aber während deutsche Bürger für die Sicherheitslage Afghanistans sterben dürfen, scheint eine Verteidigung ihres eigenen Landes gegen den islamischen Terror wehrfähigen afghanischen Männern nicht zumutbar zu sein.

Ein Abschiebestopp nach Afghanistan bedeutet nicht, dass Länder zwischen Afghanistan und Deutschland nicht sichere Auffangregionen wären. Die Sicherheitslage in Afghanistan darf nicht dazu missbraucht werden, Deutschland als Wunschzielland für alle Afghanistanmigranten jetzt de facto für zuständig zu erklären, wozu es weder kulturell noch historisch oder wirtschaftlich Veranlassung gibt. Vielmehr stehen hier die Nachbarländer in der Pflicht.

Mehr denn je zeigt die jetzige Entscheidung die absolute Notwendigkeit auf, afghanische Staatsbürger gegebenenfalls heimatnah unterzubringen und die europäischen und vor allem die deutschen Grenzen für alle illegalen Migranten dichtzumachen. Wenn nicht endlich deutsche Interessen mit Nachdruck vertreten werden, wird sich auch das unrühmliche Thema des innereuropäischen Asyltourismus – in Anbetracht der Unwilligkeit mancher europäischer Staaten, sich noch an die von Merkel rechtswidrig aufgehobenen Dublin III Regeln zu halten – bald dramatisch auf die Tagesordnung zurückmelden.“

<https://afdbundestag.de/curio-afghanistan-gegebenenfalls-heimatnah-unterbringen-und-grenzen-fuer-illegale-migranten-dichtmachen/>

Lohnungleichheit in Ost und West macht Umdenken erforderlich

Wie die Zeitungen der Funke-Mediengruppe heute unter Bezugnahme auf eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion berichten, hinkt der Osten dem Westen bei den Löhnen immer noch deutlich hinterher. So verdienen Vollzeitbeschäftigte in Ostdeutschland mit 2.890 Euro im Mittel 650 Euro bzw. 18 Prozent weniger als Beschäftigte in Westdeutschland, die 3.540 Euro bekommen.

Das höchste mittlere Entgelt erzielen mit 5.067 Euro die Beschäftigten in der Stadt Wolfsburg, gefolgt von Erlangen (5.002 Euro) und Ingolstadt (4.982 Euro). Am anderen Ende der Tabelle stehen ausschließlich ostdeutsche Landkreise wie der Saale-Orla-Kreis (2.448 Euro), Görlitz



(2.442 Euro) und der Erzgebirgskreis mit 2.407 Euro. <https://presse-augsburg.de/gender-pay-gap-und-lohnluecke-zwischen-ost-und-west-schrumpfen/743189/>

Dazu sagt der sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer:

„Arbeit und Leistung wird in Ostdeutschland auch über 30 Jahre nach der Wende noch immer deutlich schlechter honoriert als im Westen der Republik. Angesichts der gebrochenen Versprechen von guter Arbeit und fairen Löhnen braucht man sich überhaupt nicht wundern, dass das Vertrauen der Ostdeutschen in die Altparteien immer stärker bröckelt. Es braucht ein völliges Umdenken in der Wirtschafts- und Industriepolitik für strukturschwache Räume in Deutschland.“
<https://afdbundestag.de/springer-lohnunggleichheit-in-ost-und-west-macht-umdenken-erforderlich/>

Schuld am Streik-Chaos trägt in erster Linie die Regierung

Zum Streik der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) bei der Deutschen Bahn erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, Alexander Gauland:

„Was Bahnkunden nun, mitten in der Urlaubssaison und womöglich über Wochen, erleiden müssen, ist eine Zumutung. Schuld an den chaotischen Zuständen sind jedoch nicht in erster Linie die Lokführer, sondern die Regierung. Es geht nämlich um viel mehr als nur um bessere Arbeitsbedingungen: Der heraufziehende Bahnstreik war absehbar und ist die zwangsläufige Folge eines völlig verfehlten Tarifeinheitsgesetzes.“

Es kann nicht sein, dass das Tarifeinheitsgesetz bei der DB dazu instrumentalisiert wird, kleinere, vom Arbeitgeber unabhängige Gewerkschaften in die Bedeutungslosigkeit zu treiben. Die beharrliche Sturheit von GDL-Chef Weselsky und der Existenzkampf der GDL mittels harter Tarifforderungen sind daher absolut verständlich.

Eine schnelle Einigung tut jetzt Not – nicht zuletzt mit Rücksicht auf die zahllosen betroffenen Urlaubsreisenden. Die Bahn und ihre Gewerkschaften müssen sich wieder an einen Tisch setzen und der GDL muss ein akzeptables Angebot vorgelegt werden. Nur so lässt sich der Arbeitskampf schnell beilegen.“

<https://afdbundestag.de/gauland-schuld-am-streik-chaos-traegt-in-erster-linie-die-regierung/>

Bundesregierung muss auf Entwicklung in Afghanistan klug reagieren

US-Geheimdienste schätzen, dass Kabul in ein bis drei Monaten an die Taliban fallen könnte. Der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Armin-Paulus Hampel, kommentiert die entsprechende Meldung der Washington Post:

„Es kommt, was kommen muss. Um das zu erkennen, muss man keine Geheimdienstberichte studieren. Die Taliban erobern eine Stadt nach der anderen und sie werden auch Kabul früher oder später einnehmen. Wenn Herr Röttgen (CDU) wirklich meinte, dass dies militärisch noch zu verhindern sei, dann lebt er in einer anderen Welt und mit seinen Äußerungen hat er sich selbst ins außenpolitische Abseits gestellt. Es wird Aufgabe der großen Nachbarn Russland, China und Indien sein, an der Lösung des Konfliktes in Afghanistan zu arbeiten, aber gewiss nicht des Westens oder gar Deutschlands.“

Wichtiger als die traurigen Entwicklungen dort zu beobachten ist es jetzt, den Blick auf die absehbaren Konsequenzen für Deutschland und Europa zu richten und klug zu handeln. Es wird



neue Flüchtlingsströme geben und Experten rechnen damit, dass die Anzahl der afghanischen Migranten in der Türkei Ende des Jahres auf bis zu einer Million anwachsen könnte. Von denen dürfte die Mehrheit versuchen, in die EU und auch nach Deutschland zu kommen. Daher ist es richtig, dass die sechs EU-Länder Deutschland, Österreich, die Niederlande, Dänemark, Belgien und Griechenland in einem Brief an die EU auf weitere Abschiebungen nach Afghanistan drängen. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert von der Bundesregierung, auch gegen innenpolitische Widerstände hart zu bleiben und auch die Kritik des luxemburgischen Außenministers Asselborn an dieser Haltung klar zurückzuweisen. Weitere Abschiebungen derjenigen Afghanen, die nicht hierhergehören, sind das richtige Signal, um ein neues 2015 zu verhindern.

Aber parallel erwarten wir von unserem Außenministerium, dass sich jetzt die bisherigen Kontakte zu den Taliban in Qatar als tatsächlich belastbar erweisen und Garantien für die aus Deutschland abzuschiebenden Migranten gefordert werden. Sie sollen unbeschadet und vor Verfolgung sicher in ihre Heimat zurückkehren können. Die entsprechenden Anreize für die zukünftigen Machthaber in Kabul, nämlich die von der Bundesregierung zugesagte weitere finanzielle Unterstützung für Afghanistan auch in Zukunft, hat die deutsche Diplomatie.“

<https://afdbundestag.de/hampel-bundesregierung-muss-auf-entwicklung-in-afghanistan-klug-reaktieren/>

Rechtsschutz für die Opposition erscheint faktisch dysfunktional

Zur Ablehnung eines Eilantrags durch das Bundesverfassungsgericht in der Frage der verweigerten Wahl eines Vizepräsidenten des Bundestages aus den Reihen der AfD-Fraktion teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete und Justiziar der Fraktion, Stephan Brandner, mit:

„Geradezu erwartungsgemäß hat das Gericht uns die Eilsache leider verlieren lassen, sich aber zur Hauptsache so gut wie gar nicht geäußert. Dass in der Hauptsache zeitnah in unserem Sinne entschieden wird, ist sehr zu hoffen und wäre im Sinne einer funktionierenden Demokratie. Es ist nämlich niemanden zu erklären, warum sich sämtliche anderen Fraktionen im Bundestag nicht an das halten, was sie mit der Geschäftsordnung und dem Beschluß auf der Drs. 19/3 im Oktober 2017 selber beschlossen haben und vorsätzlich von ihnen selbst gesetztes Recht brechen. Im Übrigen ist leider wieder einmal festzustellen, dass Rechtsschutz für die Opposition vor dem Bundesverfassungsgericht – und gerade für die Alternative für Deutschland – im Inland inzwischen faktisch dysfunktional erscheint.“

<https://afdbundestag.de/brandner-rechtsschutz-fuer-die-opposition-erscheint-faktisch-dysfunktional/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.8.2021

Die Flüchtlingskrise von 2015 droht sich zu wiederholen

Die beiden AfD-Bundestagsabgeordneten Siegbert Droese und Paul Podolay besuchen aktuell Litauen, um sich über die Lage im litauisch-weißrussischen Grenzgebiet zu informieren.

Dazu teilen die beiden mit:



„Bei unserem heutigen Besuch an der litauischen EU-Außengrenze mussten wir feststellen, dass bereits über 4.100 vorwiegend irakische Migranten, aber auch Syrer, auf den Abschluss ihres Asylverfahrens in Litauen warten. Die Behörden vor Ort können nicht ausschließen, dass sich zum Zwecke des Grenzübertritts bereits noch mehr in Weißrussland aufhalten.“

Nach Gesprächen mit Migranten in einem Aufnahmelager steht fest: Das Ziel der Migranten ist in nahezu allen Fällen Deutschland. Auch mit Blick auf die Krise in Afghanistan rächt sich aktuell das Scheitern der längst überfälligen Dublin-Reform. Die Flüchtlingskrise von 2015 droht sich zu wiederholen.“

<https://afdbundestag.de/droese-podolay-die-fluechtlingskrise-von-2015-droht-sich-zu-wiederholen/>

IPCC spricht sich wie AfD-Fraktion für Atomenergie aus

Anlässlich des aktuellen IPCC-Berichts erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag, Beatrix von Storch:

„Wenn die deutschen Grünen wirklich denken, das Weltklima retten zu können, sollten sie mit der Atomkraft anfangen. Der IPCC und auch die IAEA sprechen sich ganz klar für die Atomenergie aus – wie die AfD-Bundestagsfraktion. Wenn die Grünen-Heuchler es wirklich ehrlich meinten mit ihrer Klimaschutzhysterie, dann würden sie auf die sichere und umweltfreundliche Atomenergie setzen, um das IPCC-Schreckensszenario, an das die Grünen glauben, zu verhindern.“

Der umweltpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Karsten Hilse, erklärt:

„Die Grünen bleiben bei ihrer rückwärtsgewandten Technologiefeindlichkeit und sind als Atomkraftgegner Gefangene ihrer Ideologie und nehmen damit massivste Umweltzerstörungen in Kauf. Diese unerträgliche Heuchelei erkennt man daran, dass die Grünen dem IPCC nur dann zustimmen, wenn es ihnen in den Kram passt. Nur die AfD-Fraktion, setzt sich im Bundestag für Atomstrom als eine zukunftssichere Alternative ein, die unsere Versorgungssicherheit auch gewährleistet, unabhängig von Wetter und Tageszeit.“

Der Bundesrechnungshof warnt vor einem Blackout als Folge von Merkels „Energiewende“. Jetzt fordert Theo Sommer in der ZEIT: „Wir brauchen die Atomkraft noch.“ In 33 Staaten laufen Atomkraftwerke, in 13 Ländern werden neue gebaut, so in Finnland, der Slowakei und in Großbritannien, und insgesamt wollen 28 Länder laut IAEA neu in die Atomenergie einsteigen. Für den Schutz des Klimas ist laut IPCC eine bedeutsame Option der Ausbau nichtfossiler Energieträger. Allerdings gehören dazu nicht nur Sonne oder Wind, sondern nach Meinung des Klimarates auch die Atomkraft. Der Leiter der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Rafael Grossi, hatte gegenüber dpa erklärt, ein Erreichen der globalen Klimaziele sei „ohne Atomkraft praktisch ausgeschlossen“. In diesem Zusammenhang verwies Grossi darauf, dass der deutsche Atomausstieg „in Konsequenz und Tempo weltweit praktisch einzigartig und ein echter Sonderweg“ sei. Unter Berufung auf den aktuellen IPCC-Bericht sagte Grossi: „Jeder Weg zur Erreichung der im Pariser Abkommen festgelegten Zwei-Grad-Schwelle ist ohne Atomkraft nahezu unmöglich, wenn nicht unmöglich.“

<https://afdbundestag.de/beatrix-von-storch-karsten-hilse-ipcc-spricht-sich-wie-afd-fraktion-fuer-atomenergie-aus/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.8.2021

60 Jahre nach dem Bau der Mauer droht ein „antifaschistischer Schutzwall in den Köpfen“

Heute vor 60 Jahren gab der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht den Befehl zur Abriegelung der Sektorengrenze in Berlin. Die Mauer, die in der Folge gebaut wurde, sollte der anhaltenden Flucht von Staatsbürgern aus dem angeblichen „Arbeiter- und Bauernparadies“ DDR einen Riegel vorschieben. Der Bau der Mauer festigte einen Spitzel- und Verfolgungsstaat, der seine Bürger einsperrte und überwachte. Hierzu äußerte sich der kulturpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Dr. Marc Jongen, wie folgt:

„Die Berliner Mauer ist das Symbol schlechthin für die diktatorische SED-Herrschaft. Propagandistisch zum ‚antifaschistischen Schutzwall‘ aufgeblasen, der vor vermeintlichen ‚westdeutschen Revanchisten‘ schützen sollte, zeigte die Mauer indes nur eines: den gewaltsamen Herrschaftsanspruch der SED-Führung gegen das eigene Volk.

In Zeiten, in denen eine Regierungsbeteiligung der SED-Nachfolgepartei ‚Die Linke‘ auch im Bund droht, mahnt uns der Bau der Berliner Mauer mehr denn je, am antitotalitären Konsens festzuhalten. Dieser Konsens wird von dem zunehmend obsessiv betriebenen ‚Kampf gegen rechts‘ infrage gestellt. Die hierbei beschworene ‚Brandmauer‘ wendet sich bei weitem nicht nur gegen echte Rechtsextreme, sondern auch und sogar in erster Linie gegen konservative Kräfte, die für Volk, Nation und historisch-kulturelle Identität einstehen und den Umbau Deutschlands in einen multikulturellen Staat mit all seinen negativen Begleiterscheinungen nicht mitmachen wollen.

Legitime konservative Positionen, die im öffentlichen Meinungsdiskurs ein wichtiges Korrektiv bilden, werden so ins Abseits gedrängt. Schon den Kindern und Jugendlichen in der Schule wird beigebracht, konservative, heimatbewusste Positionen als illegitim und ‚böse‘ zu empfinden. Eine subtile Dauerpropaganda ‚gegen rechts‘ in den Staatsmedien tut ein Übriges. So entsteht ein ‚antifaschistischer Schutzwall in den Köpfen‘, der sehr gefährlich ist, weil er Deutschland in einen postdemokratischen Zustand zu führen droht, der dem der DDR auf unheimliche Weise immer mehr ähnelt.

Die AfD-Fraktion wird weiterhin mit Nachdruck für Freiheit, Bürgerrechte und offene Debatten eintreten.“

<https://afdbundestag.de/jongen-60-jahre-nach-dem-bau-der-mauer-droht-ein-antifaschistischer-schutzwall-in-den-koepfen/>

Karlsruhe entscheidet erneut im Sinne der Regierung und verschleppt Verkleinerung des Bundestages

Zur Ablehnung eines Eilantrags gegen die Wahlrechtsreform durch das Bundesverfassungsgericht erklärt der AfD-Bundestagsabgeordnete und Justiziar der Fraktion, Stephan Brandner:

„Das Bundesverfassungsgericht hat leider wieder im Sinne der Regierenden entschieden und den Weg freigemacht für einen noch größeren Bundestag. Einige Experten halten inzwischen bis zu 1.000 Abgeordnete für möglich. Das ist mehr als besorgniserregend, schließlich sind enorme Kosten mit einem immer größer werdenden Bundestag verbunden, seine Arbeit wird immer weniger effizient und die Kapazitätsprobleme wachsen. Ich habe kein Verständnis dafür, dass man nicht



schon die zu Ende gehende Legislaturperiode dazu genutzt hat, das Wahlrecht endlich zu reformieren und so eine Verkleinerung des Bundestages zu erreichen.

Als AfD-Fraktion haben wir einen Vorschlag vorgelegt, der es ermöglicht hätte, das Problem sofort zu lösen, und eine Größe von 598 festzuschreiben. Gewollt war das aber von den anderen Fraktionen nicht. Uns geht es darum, effizient und kostensparend gute Politik für Deutschland zu machen und dafür sind schon 598 Abgeordnete mehr als genug. Es ist zu hoffen, dass wir in der nächsten Wahlperiode endlich die Wahlrechtsreform für einen kleineren Bundestag durchsetzen können.“

<https://afdbundestag.de/brandner-karlsruhe-entscheidet-erneut-im-sinne-der-regierung-und-verschleppt-verkleinerung-des-bundestages/>

Wir gedenken der Opfer von Mauer und SED-Diktatur!

Anlässlich des 60. Jahrestages des Mauerbaus am 13.08.1961 gedenkt die AfD-Bundestagsfraktion der zahlreichen Opfer der vom SED-Regime errichteten tödlichen innerdeutschen Grenzmauer. Für die nachfolgenden 28 Jahre zementierte die Mauer die weltweite politische Spaltung in West- und Ostblock und wurde zum Symbol des Kalten Krieges, der deutschen Teilung sowie der Unmenschlichkeit eines sozialistischen Systems. Die Verbrechen des kommunistischen Zwangsstaates, der zweiten Diktatur auf deutschem Boden, dürfen niemals in Vergessenheit geraten und sind angemessen erinnerungspolitisch zu würdigen.

Zugleich ist der Mauerbau eine Mahnung für nachfolgende Generationen: Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat sind alles andere als selbstverständlich. Ehemalige SED-Kader sitzen in den Parlamenten und an einflussreichen gesellschaftlichen Positionen. Sozialistische Ideen sind längst wieder salonfähig geworden. Das Gespenst eines grün ummantelten Sozialismus geht um in Deutschland und Europa. Im Bewusstsein vor der Geschichte werden wir uns diesen Tendenzen als freiheitliche Partei und Fraktion im Deutschen Bundestag stets mit aller Kraft entgegenstemmen.

<https://afdbundestag.de/wir-gedenken-der-opfer-von-mauer-und-sed-diktatur/>



Video-Empfehlungen

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

Alle Videos der AfD-Fraktion im EU-Parlament finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Meldungen aus Deutschland und der Welt

Vermischtes aus Deutschland und der Welt

Olympia-Skandal: Eurosport-Sprechern rutscht Wahrheit über Pandemie heraus

<https://report24.news/olympia-skandal-eurosport-sprechern-rutscht-wahrheit-ueber-pandemie-heraus/>

Wegen Erpressung durch EU: Polnischer Minister droht mit EU-Austritt

<https://de.rt.com/europa/121974-wegen-erpressung-durch-eu-polnischer-minister/>

So geht Manipulation – Update: Wie man Geimpfte auf Ungeimpfte hetzt

<https://unser-mitteuropa.com/so-geht-manipulation-update-taeglich-demonstrationsverbot-wird-erklaert/>

Orbán: „Können nicht ausschließen, dass es in Zukunft eine Migration von Europäern vom Westen in den Osten geben wird“

<https://unser-mitteuropa.com/viktor-orban-wir-koennen-nicht-ausschliessen-dass-es-in-zukunft-eine-neue-migration-von-europaeern-aus-dem-westen-in-den-osten-geben-wird/>

Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08gQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUQQ9Hjx2Gg#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands

<https://www.intensivregister.de/#/intensivregister?tab=kartenansicht>

NDR: Ministerpräsidenten und Merkel wollen Gültigkeit von Schnelltests auf wenige Stunden begrenzen

<https://de.rt.com/inland/122024-ndr-ministerpraesidenten-und-merkel-wollen-gueltigkeit-von-schnelltests-begrenzen/>

Medienbericht: Ab Herbst Impfnachweis- und Testpflicht auch beim Einkauf im Supermarkt

<https://de.rt.com/inland/122011-medienbericht-ab-herbst-impfnachweis-und/>

Beschlussvorlage für neue Corona-Regelungen der Bundesregierung basiert auf frechen Lügen

<https://report24.news/beschlussvorlage-fuer-neue-corona-regelungen-der-bundesregierung-basiert-auf-frechen-luegen/>



Corona-Infos für Sachsen

Sächsische Corona-Schutz-Verordnung

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Corona-Statistik Landkreis Bautzen

https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-qkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9

Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“

Von wegen Klimawandel: Waldbrände in Griechenland von Afghanen gelegt!

<https://unser-mittleuropa.com/von-wegen-klimawandel-waldbraende-in-griechenland-von-afghanen-gelegt/>

Katholischer Priester in Frankreich ermordet

<https://www.bild.de/news/2021/news/frankreich-katholischer-priester-ermordet-taeter-zuendete-schon-die-kathedrale-i-77330794.bild.html>

Lettland ruft wegen Migranten an Belarus-Grenze Notstand aus

<https://www.derstandard.at/consent/tcf/story/2000128831461/lettland-ruft-wegen-migranten-an-belarus-grenze-notstand-aus>

Migranten zerstörten das Römische Imperium: jetzt wiederholt sich die Geschichte

<https://unser-mittleuropa.com/migranten-zerstoerten-das-roemische-imperium-jetzt-wiederholt-sich-die-geschichte/>



Fakten in Bildern

- 1960's - In 10 Jahren kein Öl mehr
 - 1970's - eine weitere Eiszeit in 10 Jahren
 - 1980's - saurer Regen wird in 10 Jahren alle Ernten zerstören
 - 1990's - Die Ozonschicht wird in 10 Jahren zerstört sein
 - 2000's - Die Eisschollen werden in 10 Jahren verschwunden sein.
 - 2000 - Y2k (Millenium) wird alles zerstören!
 - 2001 - Anthrax wird uns alle töten!
 - 2002 - Der West-Nil-Virus wird uns alle töten!
 - 2003 - SARS wird uns alle töten!
 - 2005 - Vogelgrippe wird uns alle töten!
 - 2006 - Ecoli wird uns alle töten!
 - 2008 - Der Finanz-Crash wird uns alle töten!
 - 2009 - Schweinegrippe wird uns alle töten!
 - 2012 - Der Maya-Kalender endet. Wir werden alle sterben!
 - 2013 - Nord-Korea wird den 3. Weltkrieg beginnen. Wir werden alle sterben!
 - 2014 - Ebola wird uns alle töten!
 - 2015 - ISIS wird uns alle umbringen!
 - 2016 - Zika wird uns alle töten!
 - 2018 - Erderwärmung wird uns alle töten!
 - 2019 - CO2 wird uns umbringen!
 - 2020 - Corona wird uns alle töten!
- Die Wahrheit ist, dass die Angst uns töten wird.
Schalte den Fernseher aus und wasche Dir die Hände!
Nichts ist passiert, aber alles führte zu mehr Steuern.



Wenn du überredet, ermahnt, unter Druck gesetzt, belogen, durch Anreize gelockt, gezwungen, gemobbt, bloßgestellt, beschuldigt, bedroht, bestraft und kriminalisiert werden musst...

Wenn all dies als notwendig erachtet wird, um deine Zustimmung zu erlangen - kannst du absolut sicher sein, dass das, was angepriesen wird, nicht zu deinem Besten ist.



Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!

Viele in Westdeutschland haben sich lustig gemacht, als wir uns für 100 DM Begrüßungsgeld angestellt hatten. Jetzt lassen sie sich mit  kaufen. 



Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Friedrichsstr. 9
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen